

Resolution der hessischen Ausländerbeiräte Sprachförderung als Schlüssel zur Integration erhalten

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) zeigt sich besorgt über die aktuellen Einschränkungen und den Wegfall freiwilliger Sprach- und Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Diese Entwicklung sendet ein falsches Signal für Integration, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Auch auf Landesebene braucht es ein klares politisches Bekenntnis zur Sicherung dieser Angebote.

Sprachförderung ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie schafft die Grundlage für Ausbildung, Beschäftigung, die Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie für politische und soziale Mitwirkung. Sprache ist nicht nur der Schlüssel zum Arbeitsmarkt, sondern auch zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – sie verhindert Isolation, stärkt Vielfalt und fördert den Zusammenhalt in unseren Kommunen.

Werden Zugänge zu Sprachkursen eingeschränkt, trifft dies insbesondere diejenigen, die sich aktiv um Integration bemühen. Zugleich erschwert dies das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft insgesamt.

Gerade vor dem Hintergrund des Fach- und Arbeitskräftemangels ist der Abbau solcher Angebote nicht nachvollziehbar. Viele Zugewanderte bringen Qualifikationen, Motivation und berufliche Erfahrung mit. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse bleiben diese Potenziale jedoch ungenutzt. Jeder Euro, der in Sprachförderung investiert wird, entlastet langfristig die Sozialsysteme und sichert Fachkräfte von morgen – Kürzungen heute führen zu höheren volkswirtschaftlichen Folgekosten in der Zukunft.

Auch lokale Kursträger und gewachsene Integrationsnetzwerke vor Ort sind von den Einschränkungen betroffen. Eine Reduzierung der Mittel gefährdet bestehende Strukturen, deren späterer Wiederaufbau mit erheblichem Aufwand verbunden wäre.

Die geplanten Einschränkungen knüpfen den Zugang zu Integrationskursen zunehmend an eine prognostizierte Bleibeperspektive. Damit geht eine Einteilung von Schutzsuchenden in vermeintlich „aussichtsreiche“ und „aussichtslose“ Gruppen einher. Eine solche vorsorgliche Kategorisierung greift faktisch in das individuelle Asylrecht ein, da Integrationschancen bereits vor Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens begrenzt werden.

Besonders deutlich werden die Folgen für Geflüchtete mit vorhandenen Qualifikationen. In zahlreichen Berufen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialbereich, sind Deutschkenntnisse auf höherem Niveau Voraussetzung für Anerkennung und Beschäftigung. Eingeschränkte Kursangebote verlängern Integrationsprozesse, verzögern den Arbeitsmarkteinstieg und lassen dringend benötigtes Fachkräftepotenzial ungenutzt.

Die agah fordert daher die Bundesregierung auf, Sprach- und Integrationskurse verlässlich zu finanzieren und freiwillige Zugänge zu erhalten. Zugleich wird die Hessische Landesregierung aufgefordert, sich klar zu positionieren und alle verfügbaren Möglichkeiten zu nutzen, um die geplanten Kürzungen abzuwenden und die Sprachförderung nachhaltig zu sichern.

In diesem Zusammenhang begrüßt die agah ausdrücklich, dass Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration Natalie Pawlik die zentrale Bedeutung von Sprachförderung für Arbeitsmarktintegration, Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt benannt hat. Wer an Sprachförderung spart, spart an der falschen Stelle – mit negativen Folgen für Integration, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stabilität.

Die agah wird sich weiterhin für nachhaltige Integrationsstrukturen einsetzen.

Verabschiedet von der agah Plenarsitzung am 14.02.2026.